

- Es gilt das gesprochene Wort -

"Eine Autobahn quer durch Schleswig-Holstein ist keine Privatangelegenheit!"

ANREDE

ich habe es an dieser Stelle gestern schon gesagt: Ohne die frühzeitige und transparente Einbindung der Bürgerinnen und Bürger sind Großprojekte zum Scheitern verurteilt. **Auch eine Autobahn durch Schleswig-Holstein ist nicht die Privatangelegenheit einzelner Politiker!**

Die Fragen, um die hier in der Debatte gestritten wird, sind unserer Meinung nach die falschen. Die Frage ist nicht, ob man baut oder nicht – und welche Teile nun wann und wie. **Die Frage ist:** Wollen die Bürgerinnen und Bürger diese Autobahn oder nicht?

Diese Frage einmal wirklich gründlich und ergebnisoffen zu stellen, sich mit allen Argumenten gründlich und ergebnisoffen auseinanderzusetzen, **diese Chance ist bei der Planung der Erweiterung der Autobahn 20 bislang – mal wieder – nicht genutzt worden.**

Die jetzigen Oppositionsparteien **FDP und CDU fordern hier, die Politik des alten Stils** fortzusetzen. Schwarz-Gelb-Malerei auch bei dieser Frage, nur mit dem **Ziel, den von der Koalition erzielten Kompromiss zu torpedieren.** Natürlich verstehe ich das in Grenzen, denn **schön formulierte Koalitionsverträge, die Differenzen überbrücken**, wie zum Beispiel auch in der Frage der Fehmarn Belt Querung, sind eine Einladung für die Opposition, den Finger in die offene Wunde zu legen. Die Art und Weise, wie Sie dies machen, ist allerdings gegen die Interessen der Menschen in unserem Land gerichtet. **Sie spielen über Bande zu Lasten der Bürger**, die vom Ausbau der A 20 betroffen wären.

Die **Piratenpartei Schleswig-Holstein** diskutiert den Ausbau der A 20 in allen **Facetten**. Es gibt Argumente dafür und dagegen. **Haushaltszwänge müssen ebenso berücksichtigt werden, wie der Wunsch, aus dem ständigen Stau herauszukommen.** Und beides darf nicht zu Lasten der Umwelt gehen.

In einem sind wir Piraten uns allerdings zu **100 % einig**: Großprojekte, wie die A 20, können nur umgesetzt werden, wenn der Planungsprozeß transparent und offen durchgeführt wird. Und genau an dieser Stelle **torpediert die schwarz-gelbe Koalition** in Berlin den Prozess.

Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, **Enak Ferlemann**, verstieg sich Anfang diesen Monats gegenüber dem Hamburger Abendblatt gar zu der Aussage, eine **Veröffentlichung des derzeitigen Planungsstandes sei nicht zielführend, ebenso wenig wie eine Veröffentlichung der Höhe der geplanten Kosten.** Wie kommt Herr Ferlemann auf die Idee, die Planungen für eine Autobahn 20 quer durch das Land gingen die Bürger nichts an? Wen denn dann? Eine solche Politik, die meint, diese Autobahn als Privatangelegenheit einzelner Politiker in ihren Beamtenbüros zu behandeln, betrachten wir als **undemokratisch und damit per se als gescheitert.**

Von dieser blinden Politik von Schwarz-Gelb **distanzieren wir uns hier in aller Deutlichkeit.**

Müssen wir etwa eine Widerstandsform der 80iger Jahre wieder aufgreifen, wo Bürger und Bürgerinnen den Verein "**Grünland e.V.**" gründeten und jeweils eine kleine Parzelle potentiell Bauland kauften, um das Mitspracherecht und Mitentscheidungsrecht so zu erzwingen?

Wir bitten die Kolleginnen und Kollegen hier im Landtag, die **Landesregierung zu ermutigen**, die Entscheidungsgrundlagen noch einmal gründlich unter die Lupe zu nehmen und vor allem die maßgeblich betroffene Bevölkerung in die Überlegungen und Entscheidungen maßgeblich einzubeziehen.

Derartige Baumaßnahmen kosten das Geld der Bürger, betreffen deren Lebensumfeld und werden – wenn sie denn verwirklicht werden – auch in ihrem Auftrag ausgeführt. Eine frühzeitige Beteiligung der Menschen in Schleswig-Holstein und eine **jederzeit**

abrufbare Transparenz von Daten und Planungen müssen da selbstverständlich sein.

Die Diskussion um die Autobahn 20 gehört in die Öffentlichkeit. Diese hat ein Recht darauf, sich über alle Argumente für oder wider das Projekt eine eigene Meinung zu bilden und von der Politik eine Entscheidung einzufordern, mit der sich die Wünsche der Schleswig-Holsteiner verwirklichen.

Ohne Offenlegung aller Planungsdaten und verdeckter politischer Meinungen wird es mit den Bürgern kein Projekt wie die A 20 geben – höchstens gegen sie. Denn Entscheidungen mit jahrzehntelanger Tragweite, wie sie Straßenneubauten haben, können heute nur noch umgesetzt werden, wenn sich die Bürger selber ein umfassendes Bild über alle Aspekte verschafft haben.

Wir fordern die Landesregierung auf, dies zu ermöglichen. Und dafür ist es nötig, die Anträge von CDU und FDP an dieser Stelle abzulehnen.

Vielen Dank.